



Partizipation – ein Schlüssel zur Integration

Mari Steindl

Zuwanderung und Integration als zentrale Fragestellungen für Gesellschaft und Politik

Kein Tag an dem Migration oder Integration nicht auf irgendeine Art und Weise in den Medien, in der Politik oder im Alltagsdiskurs thematisiert werden. In einem Fall ist es ein Buch, das vom Ende Deutschlands spricht und schon längst überwunden geglaubte Paradigmen zur Diskussion stellt. In anderen Fällen sind es Thesen von integrationsunwilligen Muslimen, die eine Basis für den Widerstand gegen den Bau von muslimischen Gebetshäusern liefern. Nur selten gibt es Darstellungen des Potentials, das Zugewanderte in die jeweiligen Gesellschaften einbringen und die Präsentation von so genannten Role Model-Migrant/innen, die es geschafft haben. Alles in allem werden Zuwanderungs- und Integrationsprozesse heute nicht als Marginalphänomene, die sich am Rande der Gesellschaft abspielen, empfunden, sondern sie sind ins Zentrum der gesellschaftlichen Wahrnehmung gerückt.

Die Gründe für diese Veränderung sind vielfältig, zum einen kann die Gokalisierung (vgl. Robertson 1995) genannt werden. Dies ist ein Prozess der einerseits die Globalisierung der Wirtschaft, der Politik und der Lebenswelten vorantreibt und andererseits eine Lokalisierung provoziert, in dem lokale Traditionen, Dialekte etc. wiederbelebt werden und auch globale Phänomene an jeweils lokale Gegebenheiten angepasst werden. Ein weiterer Grund ist der europäische Einigungsprozess im Rahmen der Europäischen Union: Gerade durch den Beitritt der bisher jüngsten Mitgliedsländer, wie Bulgarien und Rumänien), sind von einem Tag auf den anderen aus so genannten Drittstaatsangehörigen EU Bürger/innen geworden, die in vielen Bereichen die gleiche Rechte wie Staatsbürger/innen haben. Trotz der Europäisierung vieler Bereiche, die unseren Alltag betreffen, ist das Thema Migration weiterhin ein nationalstaatliches Politikfeld, in dem Versuche der EU-Kommission in Richtung Harmonisierung regelmäßig und mit Vehemenz von nationalen Politiker/innen in die Schranken gewiesen werden.

Ein weiterer Grund für die Wahrnehmung von Zuwanderung und Integration als zentrales politisches Handlungsfeld liegt auch in der Kulturalisierung unserer Gesellschaft. Mit seinem Buch »Kampf der Kulturen« hat Samuel Phillips Huntington 1993 Kultur und Religion zu einem weltweiten Differenzmerkmal erkoren, das seither die Kulturalisierung von politischen Analysen vorantreibt. Aber auch unterschiedliche Migrations- und Integrationspolitiken in Europa führen zu einer unterschiedlichen Wahrnehmung der Themen Zuwanderung und Integration. Der Grund, warum Frankreich weniger Migrant/innen als Österreich und Deutschland hat, liegt nicht etwa in der Tatsache, dass weniger Menschen nach Frankreich eingewandert sind, sondern vor allem auch darin, dass Frankreich mit dem *ius soli* in Frankreich Neugeborenen automatisch die französische Staatsbürgerschaft garantiert. Dies führt u.a. dazu, dass in Frankreich bestimmte gesellschaftliche Phänomene als



soziale Probleme definiert werden, während in Österreich, und teilweise auch in Deutschland, dieselben sozialen Probleme hauptsächlich unter kulturellen oder ethnischen Aspekten diskutiert werden.

Das Politikfeld Zuwanderung und Integration ist heute ein Feld in dem viele Daten und Fakten vorhanden sind, die basierend auf den verschiedenen Interessen sehr unterschiedlich interpretiert werden. Auch die Gesetzesmaterie, die Zuwanderung und Integration direkt und indirekt beeinflusst, hat sich vervielfältigt. Es sind neben den klassischen Gesetzen der Integrationspolitik und den Staatsbürgerschaftsgesetzen gesetzliche Regelungen z.B. im Bildungs- oder Wohnbereich dazugekommen Und last but not least ist Zuwanderung und Integration ein Politikfeld, das von Emotionen und diversen Meinungsbildern geprägt ist. Die Rezeption der so genannten Sarrazin-Thesen überraschte manche Beobachter/innen, weil gerade Deutschland sich mit dem Bekenntnis ein Einwanderungsland zu sein in eine andere Richtung bewegt hatte. Während in Deutschland in vielen Bereichen ein sachorientierte Zugang zum Thema Integration gesucht wird, sind die Diskurse um Zuwanderung und Integration in Österreich emotionale Schlachtfelder der parteipolitischen Auseinandersetzung, in der besonders rechte und rechtskonservative Parteien mit einfachen Botschaften der Ausgrenzung und Abschottung Stimmen maximieren.

Unabhängig davon, ob wir die Frage der Zuwanderung und Integration hauptsächlich aus sozialer Perspektive oder aus kultureller/ethnischer Perspektive betrachten, ist es notwendig, sich den Fragen des Zusammenlebens in einer pluralistischen Gesellschaft zu stellen. Das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft betrifft die gesamte Gesellschaft und alle Menschen, die darin leben, unabhängig davon, welches Geschlecht sie haben, wie alt sie sind, ob sie an einen Gott glauben oder nicht und unabhängig davon, welche kulturellen Prägungen sie mitbringen. Integrationspolitik muss daher eine Herangehensweise vorschlagen, die sich der Realität – samt ihrer Probleme und Potentiale – stellt und eine möglichst breite Beteiligung der vielfältigen Bevölkerung forciert.

Integration ist die Antwort – aber was war die Frage?

Integration ist heute zu einem Shortcut für die Integration von Zuwanderern geworden, wenn dies auch in manchen Bereichen noch relativ neu ist. In Österreich wurde beispielsweise im Bildungsbereich der Begriff der Integration fast ausschließlich für die Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen verwendet. Erst in den letzten fünf Jahren wird der Begriff in diesem Bereich auch verstärkt mit der Integration von Kindern und Jugendlichen mit nicht deutscher Erstsprache verbunden. Bernhard Perchinig (vgl. 2007) stellt fest, dass der Begriff der Integration heute fast ausschließlich dann verwendet wird, wenn von einem »Mangel an Integration«, einer »fehlgeschlagenen Integration« oder einem Bedarf an »mehr Integration« die Rede ist.

Obwohl der Begriff Integration heute tagtäglich und selbstverständlich verwendet wird, bedeutet das nicht, dass alle diejenigen, die den Begriff Integration auf die Agenda setzen, dasselbe meinen und sehr oft ist auch nicht wirklich definiert, was genau darunter verstanden wird. Alltagssprachlich beschreibt der Integrationsbe-



griff die Teilhabe an einer gemeinsamen Lebenswelt, in der die Bezugspunkte das Umfeld, Gewohnheiten und Traditionen sind. Bei genauerer Diskussion, was denn Integration in der Alltagswelt tatsächlich bedeutet, stellt sich heraus, dass die Anforderungen an neu zugewanderte Menschen abgesehen von der sprachlichen Annäherung sehr undurchsichtig sind, weil auch die Alltagswelten der autochthonen Bevölkerung von Pluralismus geprägt sind.

Ein weiterer Faktor, der im Zusammenhang mit Integration eine Rolle spielt, ist die unterschiedliche Definition von Migration. Die UNO definiert Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt länger als ein Jahr verändert haben, als Langzeitmigrant/innen. Treibel (vgl. 2003) beschreibt unterschiedliche wissenschaftliche Definitionen, ausgehend von der jeweiligen Wissenschaftsdisziplin. So definiert die Geografie Migration in erster Linie als Ortswechsel, die Soziologie als Änderung der Bezugsgesellschaft und die Politologie als Änderung des politischen Bezugssystems. Anthropolog/innen beschreiben Migration als Änderung der dominanten Kultur und Linguist/innen als Änderung des dominanten Sprachraums. Diese Liste könnte noch weiter fortgesetzt werden, aber hier soll aufgezeigt werden, dass die Schwierigkeiten der Definition schon mit der Migration beginnen und diese Schwierigkeiten setzen sich in der Integrationsdebatte fort. In diesem Zusammenhang soll auch darauf hingewiesen werden, dass Begriffe wie erste und zweite Generation oder Menschen mit Migrationshintergrund sehr unterschiedlich definiert werden können (vgl. Perchinig 2010 S. 13–17).

Partizipation – ein Schlüssel zur Integration

Die Diskussion um diese Begrifflichkeiten führt uns zu einem weiteren wichtigen Punkt jeder Integrationspolitik, nämlich, was Integration bedeutet und welche Bereiche oder Dimensionen in der Integration angesprochen werden sollen. Bernhard Perchinig definiert drei Fragestellungen, die für eine positive Integrationspolitik zentral sind: Erstens die Frage der rechtlichen Gleichstellung, zweitens die Frage der Chancengleichheit auf den verschiedenen Märkten und drittens die Förderung und der Respekt für (kulturelle) Vielfalt in der Gesellschaft. In allen drei Fragen ist der zentrale Aspekt jener der Partizipation. Im Falle der rechtlichen Gleichstellung geht es u.a. um die politische Partizipation, die Teilnahme an Wahlen auf unterschiedlichen Ebenen und in verschiedensten Bereichen. Der Staat und seine Institutionen sind für die Herstellung dieser rechtlichen Gleichstellung verantwortlich. Im Falle der Gleichstellung auf den verschiedenen Märkten geht es darum, wie Menschen unterschiedlichster Herkunft am Arbeitsmarkt, am Bildungsmarkt, am Wohnungsmarkt teilhaben können. Neben den allgemeinen politischen Rahmenbedingungen, die diese Gleichstellung garantieren müssen, haben auch die jeweiligen Verantwortlichen in den verschiedenen Bereichen die Verpflichtung, für diese Gleichstellung zu sorgen. Die Förderung der (kulturellen) Vielfalt in der Gesellschaft geht auf die Frage zurück, wie unterschiedlichste Menschen in einer Gesellschaft akzeptiert und welche Möglichkeiten der Teilhabe ihnen eingeräumt werden. Dieser dritte Bereich ist wohl auch der Bereich in dem nicht nur die Politik und deren Verantwortliche gefragt sind. Auch die gesamte Bevölkerung kann und muss letztendlich dazu beitragen, dass Menschen unterschiedlichster Herkunft respektiert werden.



Dimensionen der Integration

Integrationsprozesse und Diskussionen um Integrationspolitik, z.B. in Form von Leitbildern, Mission Statements oder Aktionsplänen beginnen meist mit der Definition was Integration in dem jeweiligen Bereich bedeutet. Friedrich Heckmann (2005) hat von vier Dimensionen der Integration gesprochen, die auch in der Leitbildarbeit in verschiedenen Gemeinden und Bundesländern in Österreich immer wieder eine Rolle gespielt haben. Er spricht von der Dimension der Systemintegration oder strukturellen Integration. Dabei geht es um den Mitgliedsstatus in Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft, wie z.B. dem Arbeitsmarkt, dem Bildungssystem, dem Wohnungsmarkt, der Politik. Dies entspricht im integrationspolitischen Dreieck von Perchinig der Herstellung der Chancengleichheit auf allen relevanten Märkten. Als zweite Dimension führt Heckmann die kulturelle Integration an und spricht dabei von einem Kompetenzerwerb der zugewanderten Bevölkerung. Diese Dimension bezeichnet Perchinig als die Förderung von (kultureller) Vielfalt und den Respekt gegenüber verschiedenen Werten, Normen und Lebensstilen. Dieser Bereich der kulturellen Integration ist jener Bereich, der am wenigsten klar definiert werden kann, weil wir wissen, dass Kultur einem ständigen Wandel unterliegt und eine Fixierung bestimmter Werte und Normen abseits von gesetzlichen Regeln praktisch unmöglich ist. Dies ist wahrscheinlich einer der Gründe, warum die Debatte um eine so genannte Leitkultur in Deutschland sehr schnell wieder in der Versenkung verschwunden ist.

Als dritte Dimension spricht Heckmann von der Sozialen Integration, die für ihn die Bereiche des privaten Miteinanders anspricht. Es geht dabei um die Mitgliedschaft in Vereinen, aber auch um Bereiche die die Privatsphäre betreffen, wie zum Beispiel der Partnerwahl. In der Leitbildarbeit werden in diesem Zusammenhang vor allem die Themen der interethnischen Freundschaften und Beziehung, ihre Häufigkeit und Intensität, angesprochen. Ebenso schwer messbar wie die kulturelle Dimension der Integration, ist die Dimension der identifikatorischen Integration. Laut Heckmann geht es in dieser Dimension um das Zugehörigkeitsgefühl zu nationalen, regionalen oder lokalen Strukturen und Gemeinschaften. Abgesehen davon, dass es schwierig ist, Gefühle und somit auch Zugehörigkeitsgefühle zu messen, bedeutet die Tatsache, dass ich mich einer Gemeinschaft zugehörig fühle, noch lange nicht, dass mich diese Gemeinschaft auch als Teil versteht und akzeptiert. So kann es passieren, dass Menschen, die schon längst die Staatsbürgerschaft ihres Zuwanderungsland angenommen haben und sich auch als Teil dieser Gesellschaft fühlen, gleichzeitig in manchen Bereichen noch immer als Ausländer wahrgenommen werden. Unabhängig davon, wie leicht oder schwer definierbar und messbar diese vier Dimensionen der Integration sind, werden sie in einer Leitbildarbeit thematisiert.

Leitbildentwicklung – Integration als Prozess

Leitbild als Produkt

In den vergangenen Jahren wurden in Österreich auf kommunaler und regionaler Ebene Leitbilder zum Thema Integration entwickelt. Das Leitbild als Produkt liefert – neben der Definition von Integration für den jeweiligen Bereich – klare Umsetzungsstrategien und Maßnahmenkataloge für die politische Arbeit. Das Leitbild, das am Ende eines Leitbildprozess steht, ist die Basis für die Überprüfung und Evaluierung einer Integrationspolitik. Nach unserer Erfahrung ist diese Überprüfung und Evaluierung der Integrationspolitik auch die größte Herausforderung. In allen Fällen wurden die Leitbildprozesse von externen Personen und Organisationen begleitet, deren Mandat meist mit der Fertigstellung des Leitbilds endet. Und so liegt es an den jeweiligen politischen Verantwortlichen und den Beteiligten in den Leitbildprozessen die Umsetzung der Maßnahmen zu gestalten und zu evaluieren, was sich aufgrund anderer aktueller Ereignisse und unterschiedlicher Interessen nicht selten als schwierig herausstellt. Am besten gelingt die Umsetzung und Evaluierung dort, wo im Rahmen der Leitbildarbeit eine für Integrationspolitik zuständige Stelle eingerichtet wurde, weil damit strukturelle Zuständigkeiten klar geregelt werden und diese strukturelle Absicherung die Präsenz des Themas garantiert.

Leitbild als Prozess

Neben dem Produkt des Leitbilds ist der Prozess zur Erstellung eines Integrationsleitbilds zentral und auch dort steht Partizipation an oberster Stelle. Wenn das Leitbild eine Bindungskraft und Identifikation entwickeln soll, dann ist eine breite Einbindung von Akteur/innen notwendig. Dies betrifft einerseits die Einbindung von zentralen gesellschaftlichen Träger/innen und Akteur/innen und andererseits die Einbindung verschiedenster Vereine und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen. Bei der Entwicklung von Leitbildern für einzelne Bundesländer in Österreich war die Einbindung der Regionen und Gemeinden zentral. In Regionaltreffen oder Konferenzen wurden die jeweiligen Anliegen der Kommunen und Regionen im Zusammenhang mit Integration thematisiert und die Vorschläge der Landesebene zur Diskussion gestellt. Das Interesse und die Einbindung der jeweiligen Kommunen waren sehr unterschiedlich, weil auch die Betroffenheit auf kommunaler Ebene sehr unterschiedlich ist. Neben dieser kommunalen und regionalen Einbindung ging es in den Prozessen vor allem um die Vernetzung der Akteur/innen und Institutionen zu diesem Thema.

Integration ist ein Querschnittsthema, aus diesem Grund ist die Entwicklung von Maßnahmen und Strategien in verschiedensten Handlungsfeldern notwendig. Folgende Themenfeldern waren in allen Leitbildprozessen unabhängig, ob auf kommunaler Ebene oder Landesebene, repräsentiert: Arbeit und Wirtschaft, Bildung und Schule, Politik und Verwaltung, Gesundheit und Soziales und Wohnen und Zusammenleben. Im Prinzip gibt es fast kein Handlungsfeld, in dem Integration von Zugewanderten kein Thema ist. Je nach Prozess gab es noch spezielle Zugänge zum Thema Integration. So wurde z.B. im Land Niederösterreich das Handlungsfeld Öffent-



lichkeitsarbeit thematisiert oder im Prozess in Oberösterreich das Thema Sprache als eigenes Maßnahmenfeld benannt.

Ebenen der Leitbildprozesse

In den Leitbildprozessen in denen die ARGE Integration (nähere Infos unter www.iz.or.at) beteiligt war, wurden drei Ebenen identifiziert, auf denen gearbeitet wurde. Im Folgenden finden sich zu den drei Ebenen konkrete Beispiele von Ergebnissen.

Die erste Ebene ist die Werteebene, wo es um allgemeine programmleitende Werte im Zusammenleben zwischen Migrant/innen und Einheimischen geht. Hier ein Auszug aus dem Leitbild der niederösterreichischen Gemeinde Guntramsdorf (nähere Infos unter:

http://www.imz-tirol.at/images/stories/leitbilder_interviews_mehr/leitbildguntramsdorf.pdf S. 5).

Guntramsdorf will Verständnis für Integration fördern

Wir wollen Integration als gesamtgesellschaftliches Anliegen wahrnehmen und fördern. Der Nutzen gelungener Integration soll sowohl für die Einheimischen als auch für die Zugewanderten spürbar werden.

Wir wollen Integration in allen Überlegungen und Bereichen der Gemeindepolitik (Jugend, Soziales, Bildung, Verwaltung, etc.) mit einbeziehen und verwirklichen.

Wir wollen vorhandene Fähigkeiten von Menschen (Sprachen, Ausbildungen, Wissen...) anerkennen, fördern und nützen, Respekt gegenüber verschiedenen Lebensweisen entwickeln und unterschiedliche Herkunft/Kultur/Religion als Bereicherung für das Gemeinwohl sehen.

Wir wollen Möglichkeiten schaffen und ausbauen, um Teilnahme am kommunalen Leben für alle zu ermöglichen und Verantwortung zu übernehmen.

Wir wollen Kontakt und Kommunikation unter den Menschen stärken und damit Vorurteile abbauen.

Wir wollen Integration als wechselseitigen Prozess erfahrbar machen. Jeder und jede von uns – Einheimische und Zugewanderte – ist dafür verantwortlich.

MigrantInnen verstehen sich als Teil dieser Gesellschaft und wollen auch so behandelt werden.



Die zweite Ebene ist die strategische Ebene, in der es um die Schaffung eines positiven, ermutigenden und proaktiven Klimas geht. Und es geht auch um die Aktivierung und Vernetzung von (relevanten) Akteur/innen, die insgesamt die Partizipation am Leitbildprozess und längerfristig die Umsetzung des Leitbilds fördern sollen. Da Integration eine Querschnittsaufgabe ist, liegt die ressortübergreifende Zusammenarbeit nahe. Diese Zusammenarbeit muss mit entsprechenden Mitteln und Ressourcen ausgestattet werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Politisierung der Migrations- und Integrationsthematik: Wie weiter oben schon beschrieben wurde, ist die Integrationspolitik in Österreich ein Feld der Parteipolitik zur Stimmenmaximierung für rechte und rechtskonservative Parteien. Ein Schritt der Politisierung bedeutet, diese Thematik aus der parteipolitischen Auseinandersetzung herauszunehmen, was besonders in Wahlzeiten sehr schwierig ist. Hier ein Auszug aus dem Leitbild der Stadt Krems, das zeigt, wie Politik und Verwaltung das Thema Integration auf der strategischen Ebene bewältigen möchten (nähere Infos unter: http://doku.cac.at/leitbild_krems.pdf S. 13):

Politik und Verwaltung

Aufgabe und Ziel ist die Sicherstellung einer erfolgreichen und nachhaltigen Umsetzung des Leitbildes in allen Bereichen der Gemeindepolitik (Jugend, Soziales, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Verwaltung etc.). Es geht darum, Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik als Managementaufgabe auf leitender Ebene der Gemeindepolitik in den Regelbetrieben zu etablieren.

In diesem Zusammenhang kommt der Errichtung einer Fachstelle für Integration im Sinne einer Informations- und Koordinationsstruktur höchste Priorität zu.

Wichtige Faktoren in der Umsetzung werden auch die Erhöhung des Anteils von qualifizierten Minderheitenangehörigen in der Verwaltung und der respektvolle Umgang der einzelnen Abteilungen/Bereiche mit ihrer jeweiligen Klientel sein.

Eine erfolgreiche Integrationspolitik erfordert darüber hinaus die Vernetzung mit den verschiedenen Institutionen (in der Stadt und in der umliegenden Region) sowie den individuellen und kollektiven Akteure der Zivilgesellschaft. Eine regelmäßige Kommunikation und ein dauerhafter Dialog mit Migrant*innenvertreter*innen sind dabei besonders notwendig.

Diese strategische oder strukturelle Ebene sichert das Thema Integration in der Politik und Verwaltung ab. Die jeweiligen Fachstellen für Integration sind auch eine Anlaufstelle für die am Leitbildprozess beteiligten Menschen, Organisationen und Institutionen.

Die dritte Ebene im Leitbildprozess ist die operative Ebene. Auch auf dieser Ebene soll eine breite Partizipation ermöglicht werden. Es geht es um die Entwicklung von konkreten Maßnahmen für alle relevanten gesellschaft-



lichen Teilbereiche. Für die Umsetzung dieser Maßnahmen ist eine umfassende Sensibilisierung ebenso notwendig wie die Aktivierung und Vernetzung von Landesstellen, Bezirken, Kommunen, Vereinen und anderen Einrichtungen der Zivilgesellschaft. Im Folgenden ein Beispiel einer Maßnahme aus dem Leitbild Niederösterreich zum Bereich Kommunikation (nähere Infos unter: <http://www.noe-lak.at/projekt-microsites/integrationservice-noe/materialien.html>).

Diese operative Ebene, auf der es um konkrete Maßnahmen und Strategien geht, ist zugleich auch jene Ebene auf der eine möglichst breite Partizipation gesucht wird, weil die Umsetzung der Maßnahmen nur dann gelingen kann. Im Beispiel wird auch sichtbar, dass es gerade auf dieser Ebene um konkrete Formulierungen und Vereinbarungen geht, wie z.B. die Klärung der Zuständigkeiten und die Planung der zeitlichen Umsetzung.

STRATEGISCHER WEG 2 Anlässe für Kommunikation schaffen	
Maßnahme KBK2*3) Einsetzung eines/einer interkulturellen Beauftragten/KoordinatorIn auf Gemeindeebene (und Kleinregion-Ebene)	
Zielsetzung	Förderung interkultureller Aktivitäten in Gemeinden, Kommunikation in Gang bringen
Kurzbeschreibung	Die Maßnahme bezieht sich auf Gemeinden, die einen für Niederösterreich überdurchschnittlichen MigrantInnenanteil haben. Der/die interkulturell Beauftragte/KoordinatorIn entwickelt und setzt Projekte zur Kommunikationsförderung zwischen MigrantInnen und Einheimischen um, pflegt den Kontakt zu Vereinen, Institutionen, geht direkt auf MigrantInnen zu. Idealerweise lebt er/sie in der Gemeinde, hat selbst einen Migrationshintergrund oder längere Auslandserfahrung. Die Tätigkeit kann sowohl ehrenamtlich als auch hauptamtlich sein.
Zielgruppe	GemeindebürgerInnen
Aktivitäten	Einsetzung von interkulturell Beauftragten bzw. KoordinatorInnen
Projektschritte	Bei der Einsetzung von interkulturellen Beauftragten/Koordinatoren sollte mit den regionalen Netzwerken und Integrationsbeauftragten zusammengearbeitet werden.
Zuständigkeiten	Gemeindevertretung
Messgrößen	Tatsächliche Einsetzung von Integrationsbeauftragten in 25 Gemeinden mit überdurchschnittlichen MigrantInnenanteil
Ressourcenbedarf	Ein/eine Interkulturelle/r Beauftragte/r bzw. KoordinatorIn kann im Rahmen bestehender Strukturen beauftragt werden (Vereine, Institutionen) oder die Position wird z.B. in der Gemeinde neu eingerichtet (Angestellter der Gemeinde).
Zeitraumen	Mitte 2009



Wiener Neustadt und Barcelona

Die Leitbildentwicklung ist ein Tool, um Strategien zur Integration von Zugewanderten auf kommunaler und regionaler Ebene zu entwickeln. Es gibt mittlerweile verschiedene Methoden und Herangehensweisen, um sich der Herausforderung der Integration zu stellen. Wiener Neustadt und Barcelona stehen hier nur stellvertretend für viele andere Beispiele.

Die ARGE Integration hat im Jahr 2009 das Projekt Szenario: durchgeführt, das durch den Europäischen Integrationsfonds und das österreichische Bundesministerium für innere Angelegenheiten gefördert wurde. Im Rahmen dieses Projekts wurde das Tool der Gestaltungsmatrix für Integration entwickelt, das in drei österreichischen Kommunen, unter anderem in der Wiener Neustadt angewendet wurde. Das folgende Bild stellt das Tool der Gestaltungsmatrix dar (Aydt u.a. 2010).

Die Gestaltungsmatrix

Gestaltungsfelder	Gestaltungsdimensionen				AkteurInnen	Ergebnisqualität	
	Strukturqualität		Prozessqualität			Nutzung der Leistungen	Direkter Nutzen, der sich aus der Nutzung ergibt
Erziehung & Bildung	Ressourcen	Recht	Entscheidungsstrukturen & -verfahren, die Partizipation und Repräsentanz fördern	Kommunikationformen & -inhalte	Partner für die Integrationspartnerschaft und für die Teilpakte in den Themenfeldern		
Arbeit & Wirtschaft							
Soziales & Gesundheit							
Wohnen & Siedlungsentwicklung und andere mehr							

Im Gegensatz zum Leitbild stellt die Gestaltungsmatrix ein Instrument dar, das zur Reflexion und zur Gestaltung der Politik dient. Es kann immer wieder neu eingesetzt und je nach Notwendigkeiten verändert werden. Es soll helfen eine Balance zwischen der Komplexität des Themas Integration und der notwendigen Handlungsorientierung zu halten. Besonders beim Thema Integration erleben wir in Österreich auf den verschiedensten Ebenen eine Reduktion der Komplexität. Dieses Tool hilft dabei verschiedene Einflussfaktoren zu analysieren



und basierend darauf Handlungsmöglichkeiten zu entwerfen. Ein weiterer wichtiger Punkt im Zusammenhang mit der Gestaltungsmatrix ist die partnerschaftliche Politik: Es geht darum, so genannte »Governance Arrangements« zu entwickeln, die es in anderen Bereichen schon gibt. Auch in diesem Fall ist die Partizipation der Zivilgesellschaft ein entscheidender Schlüssel, um konkrete Integrationsprojekte in Form einer Partnerschaft erfolgreich umzusetzen.

Interaktion als zentrale Achse einer interkulturellen Stadt

Barcelona hat sich im Jahr 2008, dem Jahr des Interkulturellen Dialogs, entschieden, für 2009 einen kommunalen Plan für Interkulturalität zu promoten. Eine der Motivationen, dies zu tun, war die sich verändernde Population: während im Jahr 2000 3,5 % Ausländer/innen in Barcelona lebten, waren es im Jahr 2010 bereits 17 %. Barcelona hat diesen Intercultural Approach wie folgt definiert:

»This perspective differs from previous models in that it is based on the premise that in order to achieve a balance between respect for and recognition of diversity and the common, shared elements that guarantee cohesion, it is essential to pay attention to the relationship established between citizens. This signifies the need to promote positive interaction, contact, dialogue and mutual familiarity in order best to face the complexities posed by diversity.« (http://www.bcn.cat/novaciutadania/pdf/en/PlaBCNInterculturalitatAng170510_en.pdf, S. 5)

Basierend auf dieser Definition hat die Stadt Barcelona drei Prinzipien festgelegt:

- Das Prinzip der Gleichwertigkeit (Equality), das gleiche Rechte und Pflichten sowie Chancengleichheit umfasst.
- Das Prinzip der Anerkennung von Vielfalt. Dies geht über ein passives tolerieren hinaus und umfasst auch den ökonomischen und sozialen Bereich.
- Das Prinzip der positiven Interaktion. Dieses Prinzip, das den interkulturellen Ansatz beschreibt, ist letztendlich auch der wesentliche Unterschied zu anderen Ansätzen, wie z.B. dem multikulturellen Ansatz.

Die globale Strategie dieses interkulturellen Ansatzes ist es, Vielfalt in allen Bereichen und Plätzen als Normalität zu etablieren. Der Hinweis auf die Plätze ist durchaus so zu verstehen, dass es auch im öffentlichen Raum – auf Straßen, Plätzen, Märkten, in Parks oder an Stränden – Plätze gibt, an denen Interaktion passiert. Dieses Bekenntnis zur Interaktion ist eine Garantie für sozialen Zusammenhalt, weil dieser soziale Zusammenhalt auf einer Alltagsbasis erlebbar werden muss. Dieser Ansatz verhindert keine Konflikte, aber es ist eine Chance, über diese Interaktionen Konflikte wahrzunehmen und auch zu lösen.



Bei der Lösung der Konflikte kann die Diversität auch eine Chance sein, neue und kreative Lösungen zu finden. Zentral in diesem interkulturellen Ansatz ist, dass Menschen in Kontakt und in Interaktion bleiben. Dies erfordert auch ein strategisches Commitment von verschiedensten Institutionen wie Stadtplanung, Bildung, Sicherheit, Soziales, Service etc. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Annahme, dass Interaktion sowieso passiert und dass es möglich ist, Interaktion zu erleichtern und zu verstärken, indem man sich zu ihr bekennt.

Partizipation ein Schlüssel zu einer gleichberechtigten Gesellschaft

Das Thema Integration wird heute insgesamt sehr kontrovers diskutiert. Es gibt Ansätze, die meinen, dass es besser ist, den Begriff Integration nicht mehr zu verwenden, sondern mehr von Gleichstellung und Gleichberechtigung zu sprechen (Beispiel unter <http://ausschlussbasta.wordpress.com>). Die Partizipation kann ein Ansatz sein, der über die derzeit gängigen Integrationsmodelle hinausgeht. In diesem Text wurden verschiedene Modelle im Umgang mit Integration dargestellt und in allen diesen Ansätzen ist die Partizipation ein zentrales Element. Im Leitbildprozess ebenso wie in der Arbeit mit der Gestaltungsmatrix ist die Mitarbeit, das Mitdiskutieren, das Einbringen von Erfahrungen und Meinungen möglichst verschiedener Akteur/innen der zentrale Punkt des Gelingens. Die Partizipation dieser verschiedenen Akteur/innen ist letztendlich eine Chance, von einer kulturalistischen Position weg zu kommen und der Komplexität unserer Lebenswelten gerecht zu werden.

Literatur

Aydt, Sabine/ Baumfeld, Leo/ Bischof, Karin/ Halbmayr, Brigitte/ Steiner, Franjo (2010): Die Gestaltungsmatrix – ein Modell zur integrativen Praxis. In: Integration in Österreich. Sozialwissenschaftliche Befunde. Studien Verlag Innsbruck u.a. 2010 S. 209–229.

Heckmann, Friedrich (2005): Bedingungen erfolgreicher Integration. Bayerisches Integrationsforum »Integration im Dialog – Migranten in Bayern« bei der Regierung von Oberfranken am 28.1.2005 in Bayreuth.

Huntington, Samuel P. (1996): Der Kampf der Kulturen: die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. New York.

Perchinig, Bernhard (2003): Einwanderung und Integrationspolitik in Europa. In: Zwicklhuber, Maria (Hrsg.): Interkulturelles Zusammenleben und Integration als kommunalpolitische Herausforderung. Handbuch für interkulturelle Gemeindeförderung, Wien, S. 9-21.

Perchinig, Bernhard (2010): Migration, Integration und Staatsbürgerschaft – was taugen die Begriffe noch? In: Integration in Österreich. Sozialwissenschaftliche Befunde. Studien Verlag Innsbruck u.a. 2010, S. 13-33.

Robertson, Roland (1995): Globalization. In: Featherstone Mike u.a. (Hg.) Global Modernities. London.



Schiffauer, Werner (2008): Parallelgesellschaften. Wie viel Wertekonsens braucht unsere Gesellschaft? Für eine kluge Politik der Differenz. Bielefeld

Treibel, Annette (2003): Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. Weinheim und München.

Zwicklhuber, Maria (Hrsg.) (2003): Interkulturelles Zusammenleben und Integration als kommunalpolitische Herausforderung. Handbuch für interkulturelle Gemeindearbeit, Wien.

Elektronische Medien

http://www.imz-tirol.at/images/stories/leitbilder_interviews_mehr/leitbildgun-tramsdorf.pdf

http://doku.cac.at/leitbild_krems.pdf, S. 13

<http://www.noe-lak.at/projekt-microsites/integrationservice-noe/materialien.html>

http://www.bcn.cat/novaciudadania/pdf/en/PlaBCNInterculturalitatAng170510_en.pdf

<http://ausschlussbasta.wordpress.com/>

Anmerkung

Der Beitrag ist bereits erschienen in der Publikation »Die Zukunft der Bürgerbeteiligung« (Hrsg. Stiftung Mitarbeit) sowie im Themenschwerpunkt des Netzwerks Bürgerbeteiligung 9/2011 (Bürgerbeteiligung als Chance - Bürgerbeteiligung als Herausforderung).

Autorin

Mag^a **Mari Steindl**, Geschäftsführerin des Interkulturellen Zentrums. Sozial- und Kulturanthropologin, MA Angewandtes Wissensmanagement. Organisatorin und Trainerin von nationalen und internationalen Bildungsprogrammen (Europäische Union, Europarat). Leitung des Lehrgangs »Interkulturelle Kompetenzen«, Curriculumsentwicklung und Durchführung des Lehrgangs Interkulturelle Elternbegleitung, Curriculumsentwicklung des Lehrgangs Sprache und Kultur. Lektorin an der Universität Wien und der Pädagogischen Hochschule. Seminare und Workshops in Zusammenarbeit mit verschiedenen Trägern (LAK Niederösterreich, SOS Kinderdörfer, Bewährungshilfe, Bildungshaus Batschuns/Vbg., abz.wien, Volkshilfe Wien, Stadt Wien, AMS Wien, Caritas, etc). Lektorin an der Universität Wien und der Donau Universität Krems.



Kontakt

Kontakt: Mari.Steindl@iz.or.at · Web: www.iz.or.at

Redaktion eNewsletter

Stiftung MITARBEIT

Netzwerk Bürgerbeteiligung

Redaktion eNewsletter

Ellerstraße 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de